

(Abg. Müller [Zwickau].)

(A) Wenn man nun sieht, daß die Polizeiverwaltung jahrelang der Arbeiterschaft gegenüber einen geradezu brutalen Standpunkt herausgekehrt hat, dann müßte man meinen . . .

Sekretär Anders (unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß Sie das Wort „brutal“ einer Behörde gegenüber hier gebrauchen.

Abg. Müller (Zwickau) (fortfahrend): Das tut mir leid, Herr Präsident, aber . . .

Sekretär Anders (unterbrechend): Dann rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Müller (Zwickau) (fortfahrend): Wenn das Ministerium gesagt hat, nur allgemeine Anweisungen geben zu können, so ist damit der Arbeiterschaft in keiner Weise gedient. Es bleibt alles beim alten, weil die Polizeibehörde in Plauen selbstverständlich alles nach ihrem Sinne und zu ihren Gunsten auszulegen bestrebt sein wird.

Nun, meine Herren, einige Worte zu den Ausführungen der Herren Vorredner Nitzsche und Spitz! Der Herr Abg. Nitzsche hat sich heute in einer wahren Reichsverbands-Scharfmacherrede gefallen, von den Plauenschen Verhältnissen hat er aber so gut wie gar nichts gesagt. Daß sie ihm für den Moment nicht in den Kram passen, das glaube ich gern. Wenn er wüßte, in welcher Weise die Arbeitswilligen speziell bei der Firma Lang den Streikenden gegenüber verfahren sind, wie die Streikposten von den Angestellten und Arbeitswilligen der Firma in der pöbelhaftesten Weise behandelt worden sind, dann würde er einen anderen Ton angeschlagen haben oder sich gehütet haben, überhaupt in dieser Richtung auf die Sache einzugehen. Es wird mir berichtet, daß Streikposten, die merkwürdigerweise jetzt funktionieren dürfen — und Plauen steht heute noch auf dem alten Fleck, kein Aufruhr und keine Störung der öffentlichen Ordnung hat sich ereignet! —

(Ironisches Bravo! rechts.)

von Polizisten weggewiesen wurden, von Arbeitswilligen aus den Fenstern der Fabrikgebäude mit Wasser beschüttet wurden usw., von dem Sohne des Fabrikhabers direkt angerempelt wurden. Spitzel schnüffeln aus, wo die früheren Langschen Arbeiter tätig sind, und dann wird mit allen Mitteln darauf hingewirkt, daß sie entlassen werden, und man sagt ihnen: „Es tut uns ja leid, aber

aus Solidaritätsgefühl für die Firma Lang (D) müssen wir Sie entlassen! Ich frage: Ist das kein Terrorismus, der hier ausgeübt wird? Was sagen Sie zu dieser brutalen Handlungsweise des Unternehmertums, die nicht geleugnet werden kann? Ich bin gespannt, wie sich die Herren Nationalliberalen nachher aus der Klemme ziehen werden.

Meine Herren! Wenn das zutrifft — Herr Kollege Kleinhempel, merken Sie auf, was ich jetzt sage, damit Sie sich entsprechend einrichten können! — und die Leute, welche die Streikenden auf diese Weise provozieren, erhalten eine richtige Tracht Prügel, dann

(Zuruf: Lauter, noch lauter!)

wird kein vernünftiger Mensch mit dem Kopfe schütteln, sondern sagen: Denen geschieht recht!

Meine Herren! Die Schlussfolgerungen, die der Herr Kollege Nitzsche an die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei den Streiks gegenüber geknüpft hat, treffen in keiner Weise zu. Die sozialdemokratische Partei hat mit Arbeitseinstellungen, mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft nichts zu tun; sie sind keine Parteisache, wie wir auch Sie als nationalliberale Partei oder meinetwegen die Herren Konservativen als Angehörige des Bundes der Landwirte nicht für wirtschaftliche Konflikte verantwortlich machen, trotzdem dies bei Ihnen bedeutend näher läge als bei uns, weil die Zusammenhänge bei Ihnen intimer sind. Uns gehen parteipolitisch die Dinge nichts an. Aber wenn gesagt wird, man rufe die Streiks hervor zum Teil gegen den Willen der Arbeiterführer und Gewerkschaftsleitungen, nur damit die Arbeiter ein paar Pfennige Beiträge zurückbekämen, ja, Herr Kollege Nitzsche, dann haben Sie keine Ahnung von dem ganzen Wesen der Arbeiterorganisationen.

(Abg. Nitzsche: Das sagen Ihre Leute!)

Ich möchte wissen, welcher Esel Ihnen das gesagt hat.

(Große Heiterkeit.)

(Abg. Kleinhempel: Massig haben Sie solche!)

Herr Kleinhempel! Sie werden wohl nicht in der Lage sein, derartige Leute dem Hause zu präsentieren. Ihre Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft gegenüber ist ja bekannt genug, schon aus steuerlichen Gründen eigentlich. Sie als Gemeindevorstand hätten ein wesentliches Interesse daran haben müssen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in Ihrer Ge-